



### Rat in Kürze

#### Arbeiten enden im April

■ **Sanierung.** In der Kita Warmsrother Grund laufen derzeit Sanierungsarbeiten, berichtete Bürgermeisterin Hering. Rund 63 000 Euro werden investiert, davon trägt die Stadt 12 000 Euro, der Rest kommt von Kreis und Land. Im April sollen die Arbeiten beendet sein, so lange wurden zwei Kita-Gruppen in die Deutscher-Michael-Halle ausquartiert.

#### Neue Ladezone

■ **Parkplätze.** Einig waren sich die Ratsmitglieder, dass vor der Sparkasse zwei Kurzzeitparkplätze eingerichtet werden, außerdem soll es eine Ladezone gegenüber der Straße Im Zwengel geben.

#### Keine Mittel eingestellt

■ **Ausbau.** Der Ausbau des Schneckenmüllerweges als Abschluss der Stadtsanierung wird sich vermutlich um ein Jahr verschieben. Grund: Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion hat keine Mittel für das Projekt in den Haushalt 2012 eingestellt, erklärte Hering.

# Kita-Neubau auf den Weg gebracht

## Stadtrat Stromberger Gremium diskutiert hitzig über Teilnahme am Entschuldungsfonds

Von unserer Mitarbeiterin  
Silke Jungbluth-Sepp

■ **Stromberg.** Zwar ist laut Stadtbürgermeisterin Klarin Hering (CDU) noch offen, ob die geplante Kindertagesstätte von der Stadt Stromberg oder einem Investor gebaut wird. Doch die Entscheidung für einen Neubau sei definitiv gefallen, sagte sie in der jüngsten Stadtratssitzung. Der Rat brachte daher die notwendige Bebauungsplanänderung für das bisher als Sport- und Spielfläche genutzte Areal am Rother Weg bei drei Enthaltungen auf den Weg.

Auch für die Beteiligung Strombergs am Kommunalen Entschuldungsfonds machte der Stadtrat den Weg frei – bei drei Enthaltungen und nach einer teils hitzig geführten Diskussion. Insgesamt soll durch die Teilnahme ein Liquiditätskredit von 160113,17 Euro über 15 Jahre zurückgeführt werden, wovon die Stadt ein Drittel (rund 530 00 Euro)

aufbringen muss – jedes Jahr rund 3500 Euro, wie Hering erläuterte. Dazu sollen unter anderem die Einnahmen aus der Zweitwohnungssteuer von rund 7000 Euro jährlich dienen. Achim Schöffel (CDU) zweifelte die Berechnung der Kreditsumme an. So müsse das Defizit laut den Entschuldungsfonds-Richtlinien aus laufender Verwaltungstätigkeit entstanden sein und nicht wie in Stromberg aus der Vorfinanzierung von Investitionen. Außerdem habe die Stadt zum Stichtag (31.12.2009) ein Guthaben von 100 000 Euro gegenüber der VG Stromberg nachgewiesen. „Das muss mit der Kommunalaufsicht überprüft werden“, forderte er.

#### Kurtaxe steigt ab 1. April

Bernhard Treulieb (CDU) kritisierte, durch das Modell würden Schulden lediglich umverteilt. Aber: „Wir sollten uns trotzdem beteiligen, um keine Nachteile gegenüber anderen Kommunen zu haben.“ Gerhard

Keuser (SPD) betonte, wenn die Stadt nicht mitmache, „behält das Land seinen Anteil von rund 106 000 Euro ein.“ Das könne sich Stromberg nicht leisten.

Gäste müssen künftig tiefer in die Tasche greifen. Grund: Auf den Kurbeitrag, der seit 2008 im Stadtteil Schindeldorf erhoben wird, muss die Kommune sieben Prozent Umsatzsteuer abführen – was bislang nicht geschehen ist. Deshalb steigt die Kurtaxe ab 1. April von 1 auf 1,07 Euro, beschloss der Rat bei fünf Gegenstimmen und einer Enthaltung. Alternativ hätte Stromberg den Steueranteil von rund 3100 Euro jährlich selbst tragen müssen. „Die finanzielle Situation erlaubt uns das nicht“, betonte Hering. Aufgefallen war die Steuerpflicht bei einer Doppik-Schulung und wurde inzwischen vom Finanzamt bestätigt. Da Stromberg jährlich mindestens 45 000 Euro aus der Kurtaxe erzielt, gilt dies als wirtschaftlicher Betrieb, so Hering.

WGS und CDU regten an, die Stadt solle die Vorsteuer aus Einrichtungen, die zum Kurbetrieb zählen, absetzen. „Vielleicht wird das dann ein Nullsummenspiel“, sagte Hans-Martin Huber-Ditzel (WGS).

#### Ja zu Einbahnstraßentest

Gegen die Stimmen der WGS befürwortete der Rat einen sechsmonatigen Einbahnstraßentest im Wildring zwischen Damwildweg und Wieselweg. Anschließend sollen die Anwohner befragt werden, kündigte Hering an. Hintergrund ist, dass derzeit beim Parken am Straßenrand der Bankettenbereich zerfahren und die Entwässerungsgräben beschädigt werden. Wird der Wildring zur Einbahnstraße, könne auf einer Straßenseite durchgängig geparkt werden. Marlis Klauer (WGS) zweifelte am Bedarf. „Parkbuchten für höchstens zehn Autos sind ausreichend“, sagte sie. Dann könnte auf die Einbahnregelung verzichtet werden.



# Korrektheit der Zahlen bezweifelt

**STATDRAT** Stromberger diskutieren über Teilnahme am KEF / Höhe der Liquiditätskredite umstritten

Von  
Benjamin Hilger

**STROMBERG.** In eine am Ende hitzige und emotionale Diskussion mündete die Beratung im Stadtrat zur Teilnahme am Entschuldungsfonds des Landes. Der SPD-Fraktionschef Gerd Keuser warf Achim Schöffel (CDU) vor, in seinen Ausführungen gegen die Verwaltung und VG-Bürgermeisterin die Unwahrheit zu sagen – eine Anschuldigung, die Schöffel vehement von sich wies und zugleich bemerkte, er lasse sich nicht als Lügner bezeichnen.

» Wir blamieren uns, wenn wir der Vorlage zustimmen. «

ACHIM SCHÖFFEL,  
Stadtratsmitglied der CDU

Vorangegangen war die Erläuterung der Stadtbürgermeisterin Klarin Hering, dass die Stadt laut Berechnung der Verwaltung zum Stichtag 31. Dezember 2009 160 000 Euro an Liquiditätskrediten vorliegen hatte, die im Entschuldungsfonds des Landes eingebracht werden könnten.

Zur Teilnahme an diesem, erläuterte Hering weiter, müsse man über 15 Jahre jährlich einen Betrag von rund 3500

Euro in den Fonds einzahlen und letztlich ein Drittel der Gesamtsumme übernehmen. Die Einzahlungen müssten aus neu erschlossenen Einnahmen, wie etwa einer Erhöhung der Grundsteuer oder der Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer, generiert werden. Der Rest würde jeweils zur Hälfte vom Land und über den Entschuldungsfonds gedeckt.

„Auf Zuschüsse nicht verzichten“

Wenn auch das Modell nicht ganz nachvollziehbar sei, da es schließlich nur einen Steuerzahler gebe, der die Last zu tragen hätte, käme man nicht herum, daran teilzunehmen. Anderenfalls würde man gegenüber teilnehmenden Kommunen benachteiligt, was der CDU-Fraktionsvorsitzende Bernhard Treulieb bestätigte. Gerhard Keuser (SPD-Fraktionsvorsitzender) ergänzte, man könne es sich nicht erlauben, auf den Zuschuss zur Schuldentilgung zu verzichten.

Zur eingangs beschriebenen Diskussion führten die Einwände Schöffels, die von der

Allgemeine Zeitung / 26.03.2012 / Seite 12

Verwaltung ermittelten 160 000 Euro, welche im Zuge des Entschuldungsfonds geltend gemacht werden könnte, stimmten – unabhängig davon, dass ohnehin nur rund 78 Prozent der städtischen Liquiditätskredite zum Stichtag in den Entschuldungsfonds einfließen würden – nicht. Der Christdemokrat erinnerte, im Vorbericht zum Haushalt 2011 sei für das Jahr 2009 noch von einer Rücklage der Stadt bei der VG gesprochen worden. Er bezweifle daher die Richtigkeit der Zahlen, zumal Werte eingerechnet wurden, die nicht eingerechnet werden dürfen.

Schöffel nannte unter anderem die Defizite aus Vorfinanzierungen, die keiner laufenden Verwaltungstätigkeit entsprächen. Dahingehende mehrfache Bitten von ihm an VG-Bürgermeisterin Anke Denker, die Unklarheiten mit der Kommunalaufsicht abzustimmen, seien nicht nachgekommen worden. „Wir blamieren uns, wenn wir der Vorlage zustimmen“, sagte der Christdemokrat.

Verwaltung soll Zahlen überprüfen

Dr. Hans-Martin Huber-Dit-

zel (WGS) ergänzte, er könne über falsche Zahlen in diesem Zusammenhang nicht abstimmen. Keuser entgegnete, nur Schöffel sage, die Zahlen seien falsch. Aussagen, die Verwaltung hätte die Zahlen nicht überprüft, entsprächen der Unwahrheit, was Schöffel sichtbar in Rage brachte. Dies sei keine Art über andere Ratsmitglieder zu sprechen, zumal er keineswegs die Unwahrheit sage. Nachdem Hering die erregten Gemüter zur Raison geben hatte, beschloss das Gremium bei drei Enthaltungen, grundsätzlich am Entschuldungsfonds teilnehmen zu wollen. Die Zahlen sollen auf Grundlage der Bedenken Schöffels von der Verwaltung überprüft werden.

Deutlich entspannter verlief die Beschlussfassung zur Einrichtung von zwei Kurzzeitparkplätzen und einer Ladezone auf dem Marktplatz. Der Bauausschuss hatte sich damit bereits nach Anträgen von SPD und WGS beschäftigt und vorgeschlagen, zwei Kurzzeitparkplätze im Bereich der Sparkasse sowie eine Ladezone im unteren Teil des Marktplatzes, angrenzend zur Staatsstraße, zu realisieren (AZ berichtete). Der Stadtrat folgte dem Vorschlag einstimmig.

# Einbahnstraße im Probebetrieb

**SCHINDELDORF** Im Wildring tritt Regelung für ein halbes Jahr in Kraft

Von  
Benjamin Hilger

**STROMBERG.** Unter Protest der WGS-Fraktion haben CDU und SPD für eine probeweise Einbahnstraßenregelung im Wildring zwischen dem Dammwild- und dem Wieselweg im Stadtteil Schindeldorf gestimmt. Es habe immer wieder Beschwerden wegen Falschparkens in diesem Bereich gegeben, erläuterte Stadtbürgermeisterin Klarin Hering in der jüngsten Stadtratssitzung.

Zudem würden die Bankette durch abgestellte Autos zerstört, da diese dafür nicht ausgelegt seien. Durch den Probebetrieb über sechs Monate solle herausgefunden werden, ob sich die Verkehrssituation entschlärft. Eine Fahrbahnseite wird durchgängig als Parkfläche gekennzeichnet. Sollte keine Verbesserung eintreten, würde die bisherige Regelung wieder hergestellt. Die WGS bemängelte, man habe die Anlieger in die Entscheidung nicht mit einbezogen, zudem seien derart viele Parkplätze im Wildring bei weitem nicht von Nöten.

Streit zu Grunddienstbarkeit

Wie berichtet schwelt derzeit im Schindeldorf ein Streit zu Grunddienstbarkeiten, die zur Nutzung von Flüssiggas oder Holz als Brennstoffe verpflichtet ist derzeit dabei, auf dem Rechtsweg gegen die Grunddienstbarkeiten gemeinsam zu klagen. Da auch die Stadt als Grundstückseigentümer von diesen Eintragungen be-

troffen ist, beschloss das Gremium einstimmig, die Stadt soll sich der Bürgerinitiative anschließen. Ein Grundstückbesitzer aus dem Schindeldorf hatte zwischenzeitlich bereits die Löschung der Grunddienstbarkeit aus seinem Grundbuch erreichen können.

Einen kurzen Sachstandsbericht zur Gebiets- und Verwaltungsreform gab die Stadtbürgermeisterin nach mehreren Anfragen hierzu. Die Stadt sei nicht direkt von der Gesetzgebung zur Kommunal- und Gebietsreform tangiert. Vielmehr liege dies in der Hand der Verbandsgemeinde. Gleichwohl bemerkte sie, dass „wir als Stadt die letzten sind, die Interesse an einer Fusion haben“.

Nach derzeitigem Sachstand könne – wegen der Kreisgrenzenproblematik – nur ein Anschluss an die VG Langenlonsheim in Frage kommen, was Stromberg aber weiter ausbluten ließe. Sinnvoller wäre es laut Hering gewesen, für eine Gebietsreform mit den Kreisgrenzen zu beginnen. Marlis Klauer (WGS) sagte, letztlich könne ja auch „Langenlonsheim mit uns fusionieren“. Auch Bernhard Treulieb von der CDU hielt es für die beste Lösung, wenn die VG eigenständig bleibt. Gerhard Keuser (SPD) bemerkte, dass der VG-Rat dies bereits beschlossen hat.

Einstimmig angenommen wurden Spenden in Höhe von 400 Euro. Gerhard Schröder (100 Euro), Peter Hengstermann (200 Euro) und ein unbekannter Gönner (100 Euro) hatten den Betrag für das Kirchengesetz der Stadt gespendet.